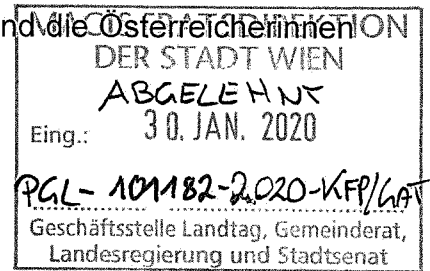


B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Toni Mahdalik, Georg Fürnkranz, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Christian Unger betreffend keine weiteren Steuern, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 30. Jänner 2020

Die neuangelobte Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm einen Schwerpunkt auf die sogenannte „Dekarbonisierung“ Österreichs gelegt. Hier sollen Maßnahmen, die noch nicht verschriftlicht worden sind, gesetzt werden, die klimaschädliche Emissionen steuerlich belasten sollen. Wie das konkret auszusehen hat, geht aus dem Regierungsprogramm nicht weiter hervor. Hier sollen offenbar unter dem Deckmantel des Klimaschutzes neue Steuern eingehoben und die Österreicherinnen und Österreicher zusätzlich besteuert werden.



Folgende Punkte sind auf jeden Fall fix verankert:

- Erhöhung der NoVA
- Steuererhöhung von Diesel mit dem Scheinargument, den Tanktourismus eindämmen zu wollen
- CO2 Bepreisung nach dem Verursacherprinzip, die über ein nationales Emissionshandelssystem administriert werden
- CO2 Emission zur Kostenwahrheit mit dem Ziel, Steuererhöhungen zu rechtfertigen

Jeder einzelne Punkt bedeutet eine Steuerbelastung der Wienerinnen und Wiener. Es ist daher zu befürchten, dass die CO2 Steuer als Massenabgabe alle Bevölkerungsschichten trifft, sodass von einer sozialen Ausgewogenheit nicht die Rede sein kann. Der Gemeinderat vertraut auf das Wahlversprechen von Bundeskanzler Sebastian Kurz, der auf die Frage, ob er in Österreich eine CO2-Steuer einführen werde, erwidert hat, „er habe nicht vor, die Bürger zusätzlich zu belasten.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung auf, keine weiteren Steuern einzuführen und die im Regierungsprogramm festgeschriebenen Steuerentlastungen, insbesondere die Abschaffung der kalten Progression so rasch wie möglich umzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.